Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 10. März 1879. Nr. 116.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 8. März

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, v. Bülow, Graf Stolberg, Hofmann, Friedberg u. A.

Tagesordnung:

Zweite Berathung des Reichshaushaltsetats.

Das Haus genehmigt zunächst den Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei ohne Debatte.

Bei dem Etat für das Reichskanzleramt spricht Abg. v. Ludwig seine Befriedigung darüber aus, daß seine im preußischen Abgeordnetenhause geäußerten Wünsche bezüglich der wahrhaft wirksamen Mittel, die gegen die Sozialdemokratie anzuwenden seien, so rasch ihre Erfüllung gefunden hätten. Mit dem bekannten Schreiben des Reichskanzlers vom 15. Dezember v. J. fange das Reich an, sich aus der Umstrickung durch eine falsche Wirthschaftspolitik zu befreien.

Die weiteren Ausführungen dieses Gedankens unterbricht der Präsident wiederholt und in nachdrücklichster Weise als nicht zur Sache gehörig und verweist den Redner damit auf die Generaldebatte, die der dritten Berathung des Etats vorangeht.

In Folge dessen verzichtet der Redner auf das Wort.

Bei den Ausgaben der Reichskasse für Maßregeln gegen die Rinderpest verlangt Abg. Richter (Meißen) eine strengere Absperrung der Ostgrenze, energische Maßregeln gegen den Schmuggel an der russischen Grenze und schleunige Ausarbeitung des Seuchengesetzes.

Präsident Hofmann: Der Entwurf ist bereits ausgearbeitet und es ist Hoffnung vorhanden, ihn noch in dieser Session dem Reichstage vorlegen zu können.

Abg. v. Bethmann-Hollweg (Ober-Barnim): Selbst die vollkommensten Maßregeln an den Grenzen des Reiches schließen die Rückkehr der Rinderpest im Inlande nicht aus. Ihre schnelle Wiederkehr 1877 und 1878 rechtfertigt die Frage, ob die bestehenden Instruktiv-Bestimmungen ausreichen. Die Fürsorge des preußischen Landwirthschafts-Ministeriums für das Veterinärwesen läßt uns zwar die Ausbildung tüchtiger Thierärzte hoffen; doch hängt deren sachgemäße Verwendung davon ab, daß auch die Seuchenorte resp. die bedrohten Orte frühzeitiger erkannt werden. Der § 17 der revidirten Instruktion von 1873 enthält einen überflüssigen schweren Druck. Die hier vorgeschriebene Bildung von Seuchenbezirken von drei Meilen Durchmesser bewirkt eine sehr lästige und kostspielige Beschränkung des Verkehrs, namentlich auf dem platten Lande, ohne daß den davon betroffenen Landestheilen eine Entschädigung gewährt wird. Die Maßregel hat bei der jetzigen Rinderpestinvasion den Verkehr für ein volles Vierteljahr lahmgelegt und so der Landwirthschaft schweren Schaden zugefügt. Der § 25 des Gesetzes erlaubt ferner der Behörde, zur Einschränkung der Rinderpest auch gesundes Vieh zu tödten. Das ist gewiß sehr gut. Aber die im § 38 der Instruktion vorgeschriebene Desinfektion von Ställen, in welchen gesundes Vieh gestanden, kostet etwa ebenso viel wie die Tödtung und ist überflüssig, da solche Ställe nicht infizirt gewesen sind. Es bedarf also theils einer Verschärfung der Maßregeln, theils einer Erleichterung. Ich bitte die Regierung, meine Andeutungen wohlwollend zu erwägen, sei es behufs Revision der Instruktion von 1873, sei es zu einer Novelle zum § 4 des Gesetzes.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich bin dem Vorredner für die sachliche Kritik der Gesetzgebung, wie sie heute liegt, sehr dankbar und werde anordnen, daß die Rede, die wir soeben gehört haben, bei der Neuausarbeitung eines Seuchengesetzes und bei der damit zu verbindenden Revision der jetzt gültigen Bestimmungen benutzt werde und dazu Anlaß biete, bevor der herzustellende Gesetzentwurf in die öffentliche Diskussion im Bundesrathe und Reichstag gelangen wird, sachkundige Vertreter der Landwirthschaft, namentlich aus verseuchten Bezirken zugezogen werden, die aus eigener Erfahrung ihr gutachtliches Urtheil darüber abgeben können, wo sie dieser noch wenig probirte Schuh drückt. Ich glaube aber, aus der Darlegung des Redners geht doch hervor, daß die Reichsregierung es für die Verhütung der Seuchen-Einschleppung an Sorgfalt nicht fehlen läßt; im Gegentheil ist diese Sorgfalt vielleicht etwas zu weit getrieben. Andererseits können wir uns der Wahrnehmung nicht entziehen, daß unsere Grenzen gegen die Einschleppung der Seuche bisher nicht hinreichend geschützt sind (Zustimmung); ich möchte aber bitten, dafür nicht das Reich als verantwortlich anzusehen. Das Reich hat keine Exekutivmittel und keine eigenen Beamten, um den Grenzschutz zu fördern. Es hat mir einen Eindruck gemacht, der in mir Zweifel anregte, wenn ich aus den Untersuchungen entnommen habe, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Jahr und Tag auf denselben bestimmten Waldpfaden die Einfuhr von Vieh massenhaft stattgefunden hat. Es scheint mir doch fast unmöglich, daß die Grenzbeamten, daß der in seinem Kreise herumfahrende Landrath gar nicht auf den Gedanken kommen sollte, daß dort Umgehung und Uebertretung der Gesetze stattfinden könnten. Die neuesten Untersuchungen in Ostpreußen haben zur Genüge dargethan, daß Beamte, selbst von nicht ganz unterster Stellung, durch Ausstellung von falschen Attesten zur Ausbreitung der Seuche beigetragen haben, die unseren Viehbestand zerstört und uns um die ganze Ausfuhr nach England gebracht hat. Welches werden nun die Strafen für dies Vergehen, ja man kann sagen, im Hinblick auf die Kalamitäten, die dadurch über das Land gebracht werden, Verbrechen, sein, daß man leichtsinnig, um Gewinn zu suchen, das ganze Land den Gefahren der Seuche aussetzt? Ich erlaube mir, daran zu erinnern, wie wir das Gesetz betr. die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über die Verhütung der Einschleppung der Rinderpest vorgebracht haben, wie außerordentlich von der Seite, die es für ihre Aufgabe hält, mehr Rücksicht auf den Verbrecher als auf das Verbrechen und die öffentliche Wohlfahrt zu nehmen, man bemüht gewesen ist, demselben seinen abschreckenden Charakter zu nehmen. (Links: oho!) Ich glaube, wir werden gezwungen sein, Ihren milden vorjährigen Beschluß zu amendiren; ich mache darauf aufmerksam, daß die Gesetzgebung gegen das verbrecherische Einschleppen des Viehes eine viel zu milde ist. Einstweilen möchte ich bitten, nicht das Reich als verantwortlich anzusehen für diese Mißbräuche der Einschleppung, die an der Grenze jedenfalls stellenweise stattfinden müssen, sondern dagegen lieber in den Einzelstaaten die Regierung und Verwaltung zu interpelliren. Wir haben nicht die Mittel, da wir nicht einmal über die Zollbeamten ein Verfügungsrecht haben.

Abg. Lasker: Ich weiß wirklich nicht, welchen Anlaß der Herr Reichskanzler hatte, sich bei dieser an sich so sachlichen Debatte einer persönlichen Gereiztheit zu bedienen. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.) Wenn der Herr Reichskanzler von Mitgliedern des Reichstages spricht, die sich mehr des Verbrechens annehmen, als der öffentlichen Wohlfahrt, dann hinzusetzt: ich will es zwar nicht gesagt haben, nachdem er es aber thatsächlich bereits gesagt hat, und diese Worte dabei offenbar an eine bestimmte Adresse richtet, so ist charakterisirt, von welcher Seite die Anregung zu aufregenden Debatten ohne den geringsten Anlaß gegeben wird. (Widerspruch rechts.) Es ist sehr gut, daß der Reichskanzler einmal auf frischer That erfahre, wie ein solches Verfahren wirkt. Das Maximum der Strafe für solche Vergehen, wie der Reichskanzler sie geschildert hat, nämlich Zuchthaus bis zu 10 Jahren, ist von keiner Seite bestritten worden. Wenn der Reichskanzler selbst aussagt, daß Beamte in Preußen sich daran betheiligt hätten, falsche Atteste auszustellen, um den Schmuggelhandel zu begünstigen, so ist von vornherein und unbestritten von allen Seiten des Hauses die Vorschrift gegeben, mit denjenigen schweren Strafen die Thäter zu treffen, welche die Regierung vorgeschlagen hatte. Es handelte sich damals vielmehr um das Minimum. Wer aus dem juristischen Sinne neben dem Interesse des Verkehrs auch die Natur des Vergehens zu berücksichtigen wünscht, der hört aus dem Munde des ersten Beamten des Reiches, er begünstige mehr das Verbrechen als das Wohl des Landes. (Beifall links. Widerspruch rechts.)

Fürst Bismarck: Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an, wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Herr Abg. Lasker. Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt, habe auch Niemand persönlich genannt, namentlich den Herrn Abg. Lasker nicht. Wenn er sich zu der Bezeichnung Derer meldet, die den Schutz des Verbrechers gegen Ungerechtigkeiten schärfer accentuiren, als den Schutz des ehrlichen Mannes gegen die Verbrecher, so kann ich doch nicht dafür. Außerdem muß ich doch sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis giebt, wie ich schon öfter an ihm bemerkt habe, doch himmelweit verschieden ist von der sachlichen Kritik, die ich an der Lage unserer Gesetzgebung geübt habe, im Interesse der Sicherheit unserer Viehzüchter; und ich möchte ihm gerade den Vorwurf zurückgeben, daß ich ihn hier auf frischer That ertappe, wie er die sachlichsten Bemerkungen, sowie er den leisesten Stachel einer Kritik seiner Auffassung findet, zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur benutzt, mir zu beweisen, daß ich Jemanden verdächtigt hätte. Ich habe an ihn gar nicht gedacht und erst jetzt wird es mir gegenwärtig, daß er einer der Redner war, die verlangten, es solle dem Viehschmuggler die gewinnsüchtige Absicht nachgewiesen werden. (Widerspruch von Seiten Lasker's.) Sie haben das Minimum herabgesetzt; das Minimum heruntersetzen heißt aber die Strafe heruntersetzen. Ich glaube auch nicht, daß in solchen Gesetzgebungen, die recht eigentlich praktischer Natur sind, die Herren Juristen das Hauptwort mitreden sollten, sondern die praktischen Interessenten. (Beifall rechts.)

Abg. Lasker: Der Reichskanzler konnte sehr viel ruhiger sprechen, denn Herr v. Bethmann-Hollweg hat weder ihn noch sonst Jemand im Hause provozirt. Dagegen sind Alle — ich war es nicht allein, sondern die Mehrheit des Hauses — welche im vorigen Jahre bemüht waren, das Minimum herunterzusetzen, durch die Worte des Reichskanzlers provozirt worden, indem er über einen Beschluß des Reichstages sagte, daß es Mitglieder gebe, welche das Verbrechen mehr schützen als die Wohlfahrt des Landes. Ich habe immer wahrgenommen, daß er, der große Meister der Rede, genau jedes Wort abzumessen weiß, damit es an die richtige Adresse komme, und stets weiß er sehr wohl, wie das Wort psychologisch wirkt. Uebrigens bin ich nicht allein getroffen, sondern das ganze Haus ist dabei betheiligt. (Rufe rechts: Nein!) Mein Antrag ist damals gar nicht durchgegangen, sondern der Antrag, den die Regierung mit anderen Mitgliedern des Hauses vereinbart hatte. Und nun gar das Urtheil über die Richter. Das Minimum war durchaus nicht niedrig gegriffen; wenn das Minimum hoch gegriffen ist und in schweren Fällen bis zum Zuchthause gezogen werden kann, dann wird ein Richter sich gekränkt fühlen, wenn man sagt, ein derartiges Strafgesetz habe für ihn die Bedeutung, als ob das Minimum der Strafe die anzuwendende Strafe wäre.

Fürst Bismarck: Ich glaube, die Diskussion wird selbst den Eindruck gemacht haben, daß die Grenze, die der Herr Abgeordnete zuletzt zitirte, nicht verlassen wäre, wenn er nicht das Wort ergriffen hätte; erst von dem Augenblicke hat sie meines Erachtens die Grenze, die der Herr Abgeordnete selbst bezeichnete, verlassen. Ich habe mich vollständig in sachlichen Grenzen bewegt. Der Herr Abgeordnete hängt sich an den einen Ausdruck, mit dem ich Diejenigen bezeichnet habe, die stets für die mildesten Strafbestimmungen, für die Herabsetzung der Strafbestimmungen sind, um mich zu kennzeichnen wie Jemand, der ganze Kategorien unüberlegter Vorwürfe macht. Ich halte das nicht für unüberlegt, sondern halte es für nothwendig, die Ausdrücke so scharf und prägnant zu brauchen, daß sie auch im Publikum einen Eindruck machen, daß unsere Gesetzgebung in ihren Strafbestimmungen zum großen Theil zu milde ist. Ich bin außerdem berechtigt, wenn ich davon spreche, Versuche der Gesetzgebung nach der Richtung hin zu erneuern, daß ich mich ohne Nennung irgend eines Namens an diejenige Richtung wende, die meines Erachtens die vorgelegten Gesetze in ihrer Wirkung zu sehr abgestumpft hat, damit die Herren ihrerseits sich der Folgen dessen, was sie durch diese Abminderung gethan haben, recht klar bewußt werden. Ich weiß nicht, nach der Schärfe, mit der der Herr Abgeordnete mich angegriffen hat, muß ich allerdings glauben, daß ich das ihm gegenüber nicht erreicht habe; aber mir genügt es, wenn ich im Lande und in der großen Mehrheit der Abgeordneten das erreiche.

Abg. Dr. Zinn: Die Aeußerung des Reichskanzlers, daß man für die mangelhaften Maßnahmen zur Abwehr der Seuchen nicht das Reich verantwortlich machen könne, sondern die Initiative den Einzelstaaten überlassen müsse, veranlaßt mich mit Rücksicht darauf, daß hier vor Allem Preußen in Betracht kommt, zu der Bitte an den Reichskanzler, daß er den preußischen Minister-Präsidenten auf diesen Uebelstand aufmerksam machen möge.

Fürst Bismarck: Im Namen des preußischen Ministerpräsidenten kann ich dem Herrn Vorredner sagen, daß diese Versuche von mir gemacht worden sind, ich hoffe, mit Erfolg, aber mit einem sehr schnellen nicht. Ich bitte ihn aber, zu erwägen, daß Preußen von verschiedenen Ministerien regiert wird, von denen jedes für sein Ressort verantwortlich ist und daß der Ministerpräsident von Preußen keine verfügende Befugniß gegen irgend eines dieser Ministerien hat. Ich habe nur die Verantwortlichkeit des Reiches für das, was bisher geschehen ist, salviren wollen; die des preußischen Minister-Präsidenten bitte ich dafür doch nicht unmittelbar in Anspruch zu nehmen, namentlich da ich jetzt mit vollem Recht seit Jahren dort stellvertreten bin und die Identität zwischen dem Kanzler und dem Minister-Präsidenten von Preußen doch nicht mehr in dem Grade stattfindet, wie es der Herr Abgeordnete mit einer ironischen Wendung vorauszusetzen scheint.

Abg. v. Behr-Schmoldow ersucht die Reichsregierung um Mittheilungen über die gelegentlich des letzten Ausbruchs der Rinderpest angestellten Ermittelungen.

Abg. Saro (Oberstaatsanwalt in Insterburg): Die Meinung des Abgeordneten Lasker, daß trotz eines niedrigen Minimums die Richter doch nicht auf ein zu mildes Strafmaß erkennen, ist nach meinen langjährigen Erfahrungen als Richter und Staatsanwalt nicht richtig. (Hört!) Meine Erfahrung hat mich gelehrt, daß in den meisten Fällen die Richter nur auf das Minimum erkennen (Hört!) und nur in den seltensten Fällen darüber hinausgehen. Ich selbst habe als Richter dieser Richtung gehuldigt. Rußland hat ein zu großes Interesse an dem Viehimport nach Preußen. Hierbei müßte selbst bei geringen Kontraventionen eine absolut abschreckende Strafe als Minimum festgestellt sein, wegen der unheilvollen Konsequenzen, welche hieraus für das Reich und Europa folgen können.

Abg. Lasker: Eine Kritik, wie sie der Abg. Saro hier an Richtersprüchen geübt hat, namentlich wenn sie nicht mit der Politik zusammenhängen, ist mir noch in keinem Parlamente vorgekommen. Eine absolute Abschreckung, wie sie der Abg. Saro wünscht, ist nur die Todesstrafe. Der Reichskanzler selbst hat gesagt, daß die deutsche Grenze nicht genügend bewacht sei. Es wäre deshalb besser gewesen, dahin die Aufmerksamkeit zu richten, anstatt die Richter mit einer Kritik zu behaften, die sie nicht verdienen. (Beifall links.)

Die Position wird bewilligt.

Zu Kap. 3 Tit. 1 (Besoldung des Reichskommissars zur Ueberwachung des Auswanderungswesens 12,000 Mark) wünscht Abg. Lingens einen vollständigen Bericht über die Gründe der zunehmenden Auswanderung aus Deutschland und statistische Erhebungen darüber, welche Provinzen das hauptsächlichste Kontingent zu der Zahl der Auswanderer stellen.

Fürst Bismarck: Der Wunsch des Vorredners ist ein vollkommen berechtigter und ich werde das zu seiner Erfüllung Nöthige veranlassen. Ich lege um so mehr Werth darauf, als sich aus dieser Statistik zugleich die Frage nach den Gründen, welche einen Deutschen veranlassen können, sein Vaterland zu verlassen, bis zum gewissen Grade beantworten lassen wird. Es wird sich aus dieser Statistik der merkwürdige Umstand ergeben, daß die meisten Auswanderer aus den am Wenigsten bevölkerten Gegenden kommen und daß die fast übervölkerten Gegenden, welche vermöge ihrer industriellen Entwickelung mehr als 10,000 Menschen auf der Quadratmeile anhäufen, nur ein dürftiges Kontingent dazu stellen. Die Ursachen werden uns vielleicht eingehender beschäftigen, wenn wir die Zahl und Tariffragen, wenn wir die Vertheilung der Lasten zwischen der Landwirthschaft und den übrigen Theilen der Bevölkerung prüfen werden. Wenn die Statistik, wie ich voraussetze, ergeben wird, daß die Bevölkerung der landwirthschaftlichen Provinzen in höherem Maße auswandert, als die der übervölkerten Fabrikgegenden, so komme ich zu dem Schluß, daß das landwirthschaftliche

Gewerbe erschwert worden ist durch unsere Steuergesetzgebung; wir müssen für die rein landwirthschaftlichen Gegenden eine entwickelte Industrie bilden können, so daß beide sich gegenseitig unterstützen. In den rheinischen Industriegebieten ist dem Arbeiter die Karriere zu den höchsten Stufen nicht verschlossen. Der Marschallsstab, welchen angeblich der französische Soldat im Tornister trägt, befindet sich dort in der Hütte des Arbeiters, wenn ich Leute wie Krupp Marschälle der Industrie nennen darf. Anders in der Landwirthschaft; wenn der ländliche Arbeiter in dem Alter ist, daß er heirathet und an seine Zukunft denkt, so findet er, daß in rein landwirthschaftlichen Gegenden die Kluft zwischen ihm und der nächsten Stufe, zu der er aufsteigen könnte, für eine Generation unübersteiglich ist. Eine große Schädigung hat uns die Aufhebung der Erbpacht gebracht, die mittelbar Jemand gleich zum unantastbaren Grundbesitz verhelfen konnte. Das ist ein leichteres Mittel als die Theilung von Domänen.

Abg. Richter: (Fürst Bismarck verläßt den Saal.) Die Auswanderung ist zeitweise auch aus industriellen Gegenden sehr stark gewesen. Die Auswanderung aus ländlichen Bezirken hat allerdings vielfach ihren Grund in den Schwierigkeiten für den ländlichen Arbeiter, mehr als Arbeiter zu werden und eigenen Besitz zu erwerben. Darin stimme ich mit dem Herrn Kanzler überein. Aber ob die Wiedereinführung der Erbpacht mit der damit verknüpften Gebundenheit ein geeignetes Mittel ist, bezweifle ich sehr.

Bei Kapitel 3: „Reichs-Schulkommission plädirt

Abg. Dr. Lucius für die Verleihung des Rechts, den Berechtigungsschein für den einjährig-freiwilligen Dienst auszustellen, auch an solche Mittelschulen, auf denen blos eine fremde Sprache gelehrt wird.

Geh. Rath Starke erwidert, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, eine Ermäßigung in den Anforderungen an die Einjährig-Freiwilligen eintreten zu lassen.

Kap. 3—5 werden bewilligt.

Bei Kap. 6 (statistisches Amt) nimmt das Wort der

Abg. Richter (Hagen): Die amtliche Statistik hat bisher die Frage der Differentialtarife gar nicht berücksichtigt. Immer wird behauptet, Verbrauchssteuern fielen auf den Zwischenhandel und die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer habe den Konsumenten nichts genutzt; der Fleiß eines Privatgelehrten hat an den schlesischen Städten statistisch nachgewiesen, daß Mehl und Fleisch durchweg mindestens um so viel billiger geworden ist, als die Steuer betrug. Wenn unsere Statistik gemeinverständlicher aufgestellt würde, würde man hier darüber gar nicht erst zu streiten nöthig haben, so wenig wie über die Hebung unserer inneren Industrie und Produktion unter den Handelsverträgen. Aber freilich, wo soll ein statistisches Bureau zu arbeiten anfangen in einer Zeit, wo man plötzlich für schwarz erklärt, was alle Welt bis dahin für weiß gehalten hat.

Präsident Hofmann: Es wird auch in dieser Session das Material vorgelegt werden, welches die Statistik bezüglich der Ausfuhr ergänzen soll.

Abg. Graf Stolberg (Rastenburg): Ich theile den Wunsch des Abg. Richter nach statistischen Aufnahmen über die Wirkung der Differentialtarife; dann würde man allgemein zu der Ueberzeugung kommen, daß unser ganzes wirthschaftliches Leben von den Eisenbahnen beherrscht wird, die nicht das Gemeinwohl, sondern nur ihr eigenes Interesse im Auge haben.

Kap. 6 und Kap. 7 werden genehmigt.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes (Kap. 11, Tit. 1: Staatssekretär 36,000 Mk.) spricht Abg. Reichensperger (Crefeld) den Wunsch nach Vorlegung eines sogenannten Blaubuches aus, worin ihm

Abg. Hänel beistimmt, damit auch dem deutschen Parlament die nöthige Grundlage zur Kritik über die auswärtige Politik gegeben werde.

Schluß $5^1/_2$ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation Winterer; Etat.

Deutschland.

Berlin, 8. März. Bezüglich des Beschlusses des Reichstages wegen Abänderung des Gesetzes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften hat der Bundesrath beschlossen: den Reichskanzler zu ersuchen, 1) im Anschluß an die beschlossene Revision der Aktiengesetzgebung unter Berücksichtigung der in der Resolution des Reichstages vom 11. März 1878 hervorgehobenen Punkte den Entwurf einer Novelle zu dem Gesetz vom 4. Juli 1868 ausarbeiten zu lassen und dem Bundesrath vorzulegen; 2) die auf diesen Gegenstand bezüglichen Eingaben des Vorstandes des deutschen Landwirthschaftsraths zu Berlin vom 24. April v. J. und der Vorstände mehrerer rheinischen Darlehnskassenvereine vom 1. Juli v. J. dem Reichskanzler zu überweisen.

Die Zolltarif-Kommission hat ihre Arbeiten vollendet; es bedarf nur noch einer zweiten Lesung und Zusammenstellung, um sie an den Bundesrath gelangen zu lassen. Wie schnell hier die Arbeit weiter gefördert wird, bleibt abzuwarten; jedenfalls besteht die Absicht, die betreffende Vorlage an den Reichstag womöglich noch vor, andernfalls gleich nach Ostern gelangen zu lassen.

Zum Militäretat ist folgender Antrag erschienen von Bühler (Oehringen): „Der Reichstag wolle beschließen, den Fürsten Reichskanzler zu ersuchen, einen europäischen Staatenkongreß zum Zwecke der Herbeiführung einer wirksamen allgemeinen Abrüstung etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedensstärke der europäischen Heere für die Dauer von vorläufig zehn bis fünfzehn Jahren zu veranlassen."

— Nach amtlicher Mittheilung ist die Verpflichtung zur Beibringung von Ursprungszeugnissen betreffs der in Italien einzuführenden Waaren aufgehoben.

Wie es heißt, beabsichtigt die Regierung durch Zusätze zu den einschlagenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, also durch Reichsgesetz, eine Gleichstellung der Rückkaufshändler mit den Pfandleihern herbeizuführen und eine etwaige Aenderung der über das Pfandleihgewerbe bestehenden Vorschriften zur Erwägung zu stellen. In Preußen bestehen auf Grund eines Ministerialerlasses Polizeiverordnungen, welche die Rückkäufer strenger Polizeikontrolle unterwerfen.

Die demnächst zur Aenderung der Eichordnung zusammentretende Kommission dürfte auch die früheren Vorschläge wegen Entfernung althergebrachter Gewichts- und Maßbenennungen erwägen.

Ausland.

Paris, 8. März. Seit einigen Tagen finden sich viele Belleviller Weiber mit ihren Kindern im Palais des Kammerpräsidenten Gambetta ein und werden dort von Francois, dem Kammerdiener Gambetta's, ganz gut empfangen und zum Concierge geführt, wo sie ein Almosen erhalten. Gambetta soll übrigens bereits bedauern, daß er vor der Hand seine offizielle Residenz nicht in Versailles nahm. Wie man hört, hielt Clemenceau seine Reden gegen Marcere in vollem Einverständniß mit Gambetta. Die republikanische Mehrheit der Deputirtenkammer wird in Folge des gestrigen Beschlusses der republikanischen Linken dem Vernehmen nach aus drei Gruppen bestehen: 1) gemäßigte Linke (linkes Centrum und republikanische Linke); 2) fortschrittliche Linke (ein Theil der Mitglieder der republikanischen Linken, welche bis jetzt auch zur Union Republicaine gehörte, und ein Theil der Union Republicaine); 3) äußerste Linke (ein Theil der Union Republicaine und die Intransigenten). Der Neubildung der republikanischen Gruppen sieht man mit Spannung entgegen, da es sich darum handelt, ob die neue „gemäßigte Linke" die genügende Anzahl von Mitgliedern zählen wird, um in der Kammer selbst dann Herr zu bleiben, wenn die beiden andern Gruppen der Linken mit der Rechten Hand in Hand gehen sollten. Minister Lepere erklärte gestern vor dem Untersuchungsausschusse, daß er den Ernst der den Ministern vom 16. Mai vorgeworfenen Thatsachen nicht verkenne, doch seien sie nicht der Art, daß sie zu einer ernstlichen Verurtheilung Grund geben würden. In Betreff des Ministeriums Rochebouet beweist der Bericht, daß dasselbe zwar grausame Maßregeln angeordnet habe, es sei aber keineswegs bewiesen, daß dasselbe einen Staatsstreich habe ausführen wollen; die betreffenden Befehle hätten ebenso gut im Hinblick auf eine neue Auflösung der Kammer erfolgen können. Der Bericht von Brisson, der 120 Seiten stark ist, erzählt zuerst die Ereignisse während der Periode vom 16. Mai und sucht dann darzuthun, daß die Mitglieder der Ministerien Broglie und Rochebouet in Anklagezustand versetzt werden müßten.

Ranc, der begnadigt wurde, wird heute in Paris erwartet.

Paris, 7. März. Auf dem gestrigen diplomatischen Diner im Elyseepalaste herrschte allgemein der Eindruck vor, daß die Angelegenheit der Minister vom 16. Mai 1877 trotz des drohenden Anscheines in einer für die Regierung günstigen Weise geregelt wird.

Provinzielles.

Stettin, 10. März. Das Herrenhaus hat am 8. d. M. wieder einen Verlust erlitten durch das an diesem Tage erfolgte Ableben des Regierungspräsidenten a. D. Frhrn. Karl v. Senden, Herrn auf Natzlaff im Kreise Schlawe, Rechtsritters des Johanniter-Ordens. Der Verstorbene, am 20. Juni 1808 zu Darmstadt geboren, war aus besonderem Allerhöchsten Vertrauen durch Königlichen Erlaß vom 20. November 1863 auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen worden.

— Dem Konsistorial-Assessor Kurt Zitelmann hierselbst ist auf Grund Allerhöchster Genehmigung die etatsmäßige Stelle eines weltlichen Mitgliedes bei dem Königlichen Konsistorium verliehen.

— Dem Premier-Lieutenant Grafen von Reina im 3. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 14 ist die Erlaubniß zur Anlegung der Kommandeur-Insignien zweiter Klasse des herzoglich anhaltischen Haus-Ordens Albrecht des Bären ertheilt worden.

— Wie es scheint, schreibt der „Berl. Börs.-Cour.", wird in Kreisen der sächsischen Aktionäre der Berlin-Stettiner Bahn eine Agitation gegen den Verkauf der Bahn an den Staat für eine jährliche Rente von $4^3/_4$ pCt. vorbereitet. Wenigstens finden wir in sächsischen Blättern eine Aufforderung des Rechtsanwalts Dr. Wachtel in Leipzig, worin Letzterer die Berlin-Stettiner Aktionäre ersucht, sich einer Anzahl Aktionäre anzuschließen, welche ihn bereits beauftragt haben, in der am 3. April in Stettin stattfindenden Generalversammlung für Ablehnung des Vertragsentwurfs zu stimmen.

— Nach einem Spezialerlaß des Ministers des Innern vom 17. v. M. haben die Geistlichen für die den Ersatzbehörden zu liefernden, zur Aufstellung und Berichtigung der Rekrutirungs-Stammrollen erforderlichen Auszüge so wenig wie die Standesbeamten Gebühren zu beanspruchen.

— Jedem echten Stettiner ist das Wasser und die Wassertour sympathisch. Einen Belag hierfür lieferte der gestrige Sonntag, denn der Andrang zu den kaum eröffneten Wassertouren nach Frauendorf und Gotzlow war ein ganz enormer. Der Stettiner darf eben stolz sein auf seine Wasserpartien, um die ihn der Berliner zu beneiden alle Ursache hat. Freilich wäre es bei dem gestrigen herrlichen Sonntagswetter dringend zu wünschen gewesen, wenn die Herren Rheder anstatt 4 6 Schiffe eingestellt hätten. Diese würden reichliche Thätigkeit gefunden haben und zahlreiches Publikum hätte nicht nöthig gehabt, das Dampfschiffsbollwerk unbefriedigt zu verlassen. Diejenigen, welchen es gelang, zeitig ein Plätzchen auf den Schiffen zu erringen, hatten das Vergnügen, auf den Endstationen ihren „Mokka" bei herrlichem Wetter im Freien genießen zu dürfen. Ueberdies hätten die Räumlichkeiten der Restaurationen eine so große Menschenmenge auch gar nicht zu fassen vermocht. Die von Herrn Dalitz per Dampfer „Lothar Bucher" und „Freiherr v. Stein" arrangirte Rekognoscirungsfahrt nach dem Haff hatte sich gleichfalls einer sehr regen Betheiligung zu erfreuen. Die Schiffe drangen bis über die Linie Ziegenort-Köpitz vor. Das Eis war Anfangs ziemlich morsch, doch dürfte die Eisdecke auf dem größeren Theile des Haffes einer milderen Witterung noch einige Tage zu trotzen im Stande sein, ehe die in Swinemünde schon eingelaufenen Dampfer sie durchbrechen können. An der Westküste des Haffs bis Neuwarp ist das Wasser eisfrei. Dagegen liegt der Dammsche See wenigstens auf der Bodenberger Seite noch ziemlich fest im Eise. Noch gestern beobachteten wir Fischer, welche dort zu Eise ihrem Berufe oblagen.

— In unserm Berichte über die letzte Festlichkeit der hiesigen Schuhmacher-Innung hat sich insofern ein Druckfehler eingeschlichen, als der Name des bei derselben zum Meister ernannten Gesellen Albert Dützmann (nicht Gützmann) heißen muß.

— Auf dem Grundstück Kronenhofstraß 21 entstand heute Morgen ein Balkenbrand, doch wurde die Gefahr nach kurzer Thätigkeit der Feuerwehr beseitigt.

— Am 6. d. M. Mittags fuhr der Kutscher August Henseling, auf dem Gutshofe zu Oberhof bei Alt-Damm dienend, in so schneller Gangart und in fahrlässiger Weise mit einem zweispännigen Wagen die Lastadie entlang, daß er zwei Kinder umfuhr, von denen eins beschädigt wurde.

— Der angebliche Schuhmacher Wilh. Aug. Schulz aus Woldenberg bettelte gestern in dem Hause Baumstraße Nr. 8, schlich sich sodann auf den Boden und nahm verschiedene Stücke von dort aufgehangener Wäsche, wurde jedoch dabei ertappt und zur Haft gebracht.

Polzin, 9. März. In der außerordentlichen Stadtverordneten-Sitzung vom 6. d. M. wurde mit 17 von 18 Stimmen der Verwaltungs-Referendar Rost aus Weißenfels zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt.

Stolp, 9. März. In der vorgestrigen Versammlung des „landwirthschaftlichen Zweigvereins für Stolp, Schlawe und Rummelsburg" verlas der Vorsitzende das nachstehende, auf die am 4. Februar cr. von Mitgliedern des Vereins an den Fürsten Reichskanzler gerichtete Zustimmungs-Adresse vom Fürsten eingegangene Schreiben:

„Berlin, den 12. Februar 1879. Ew. Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 4. d. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Es hat mir zu besonderer Freude gereicht, daß in meiner pommerschen Heimath meine wirthschaftlichen Bestrebungen so gewichtige Zustimmung finden. v. Bismarck.

Sr. Wohlgeboren
Herrn Rittergutsbesitzer Holtz-Schwetzkow,
Direktor des landwirthschaftlichen Zweigvereins für Stolp, Schlawe,
Rummelsburg."

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist höheren Orts nun doch die Errichtung einer „Eisenbahn-Kommission der Ostbahn" am hiesigen Orte mit dem 1. April cr. genehmigt worden.

* **Tempelburg**, 8. März. Seid dem ersten Januar 1876 besteht hier die obligatorische Fleischschau. Es sind bis gestern, den 7. März, 1985 Schweine geschlachtet, und ist an diesem Tage das 6. trichinöse Schwein gefunden worden, also auf 331 Schweine 1 trichinöses.

Stadt-Theater.

„Kabale und Liebe." Trauerspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Regie: Direktor Barena.

Zwei Sonnabende haben dem Stettiner Theater-Publikum zwei klassische Vorstellungen zu ermäßigten Preisen entzogen und dem Direktor, trotz der an jenen Tagen mit großen Geldopfern gebotenen besonderen Kunstgenüsse — Concert Saint-Saëns und Gastspiel von Frl. Pauline Ulrich (Fernande) — leere Häuser und somit doppelt schlechte Einnahmen erzielt. Eine verfehlte Spekulation oder vielmehr gar keine Spekulation! Wer nun aber glaubt, daß die nach dreiwöchentlichem Tode wieder ins Leben gerufene klassische Vorstellung sich eines um so zahlreicheren Besuches zu erfreuen gehabt habe, der hat sich gewaltig getäuscht. Wiesen bisher die Sonnabend-Aufführungen stets ausverkaufte Häuser bei geräumtem Orchester auf, so herrschte bei der Vorstellung von „Kabale und Liebe", besonders im ersten Rang, eine trostlose Leere. Diese Thatsache ist nicht eine Folge der Dichtung, sondern nur die Wirkung der Ursache, daß die Direktion es nicht verstanden hat, oder wir wollen lieber sagen, daß sie nicht in der Lage war, das Eisen zu schmieden, als es heiß war. Wie die Aufführung der „Fourchambaults" gleich nach Aufhebung des polizeilichen Verbots stattfinden mußte, um materiellen Erfolg zu erzielen, wie „Doktor Klaus" bei seiner Zugkraft heute bereits zum fünfundzwanzigsten Male gegeben sein mußte, so mußten wir am Sonnabend auch schon die achte Vorstellung zu ermäßigten Preisen haben und nicht die sechste. Auf diese Weise — das ist unsere Ansicht — wäre wohl ein großer Theil der Oktober-November-Dezember-Einbuße gedeckt worden. — Ueber die Aufführung von „Kabale und Liebe" können wir uns meist günstig aussprechen. Durchweg schöne Leistungen boten die Herren Müllner als „Ferdinand" und Grünberger als „Wurm". Elektrisirte Herr Müllner das lebhaft animirte Publikum besonders durch sein männliches, feuriges, leidenschaftliches Spiel zu erheblichem Beifall, so erzielte Herr Grünberger einen nicht minder bedeutenden Erfolg durch seine vorzügliche Darstellung des jesuitischen „Wurm". Von eminenter Wirkung wurde die ausgezeichnet durchgeführte Briefscene des dritten Aktes. Frl. Warszawska's „Luise" genügte. Sie war in der Erscheinung rührend und auch sympathisch, im Ton meist weich und schwärmerisch und traf in der Darstellung richtig das Bild des Elends und der Verzweiflung. Ein großer Fehler haftete indeß auch der Luise, wie den meisten Leistungen der jungen, talentvollen Dame an. Es ist das ihr nicht zu rechtfertigendes Umspringen in der Bewegung vom Weiblichen zum Rauh-männlichen. Sie wird sich, so lange sie dies nicht abgelegt hat, nie auf eine besonders hohe Stufe der Kunst erheben können. Daß sie es thue, ist der Zweck dieser Zeilen. Sie möge nie vergessen, daß am Weibe das Weiblich-Schöne und Weiblich-Anmuthige nicht verdrängt werden darf. Ihre schreckliche Hast, die oft bizarr wird, zerreißt mit Gewalt den Schleier der Illusion, an dessen Fertigstellung sie erst so lang und fleißig gewoben hat. Besonders erwähnenswerth schienen uns nach Diesen Frl. Frenzel als Lady Milford, Herr Richter als Miller, Frau Zengraf als Frau Miller, dann Herr Linzen, der für den Präsident Walter den Ton recht gut traf, Herr Proft, dessen Kammerdiener eine hübsche Charakterzeichnung war und Herr Ziesenis. Sein Hofmarschall erntete durch die heitere Darstellung als Geck bei dem großen Publikum freudigen Beifall, wir hätten gern etwas mehr von dem Schurken entdeckt, der er doch ist.

—s—

Telegraphische Depeschen.

Wien, 8. März. Die „Polit. Corresp." meldet:

Aus Athen: Der griechische Gesandte in Konstantinopel hat seiner Regierung die neuesten türkischen Vorschläge betreffs der Grenzregulirung mitgetheilt. Nach denselben wäre Mukhtar Pascha angewiesen, ein aus Gebietstheilen von Thessalien und von Epirus kombinirtes Stück Landes den griechischen Delegirten anzubieten. Dasselbe erstrecke sich mit Ausschluß des Golfe von Volo und Arta links vom Nezero-See über Pharsala bis einschließlich Trikala und von dort den Pindus überschreitend bis Piro und endlich längs der Abdachung des Pindus, das Aspropotamothal in sich schließend, zwischen Syntekun und Agrapha. Wie die genannte Korrespondenz weiter meldet, dürfte, falls Mukhtar Pascha diese Vorschläge wirklich machen sollte, die Abberufung der griechischen Kommissare aus Prevesa schon in den nächsten Tagen erfolgen und der Appell Griechenlands an die Vermittelung der Berliner Signatarmächte unvermeidlich sein.

Wien, 8. März. Die „Pol. Corresp." bringt folgende weitere Meldungen:

Zufolge eines Telegramms der österreichischen Aerzte aus Wetljanka sind am rechten Ufer der Wolga seit 40 Tagen keine Fälle der Epidemie vorgekommen. Die russische Regierung traf energische und zweckmäßige Maßregeln. Der erste Erkrankungsfall in Wetljanka am 17. Oktober v. J. betraf eine aus Astrachan am 13. Oktober angekommene Frau, welche an der Bubonenpest starb. Von ihrer Familie erkrankten gleichfalls an Bubonen 25 Personen in 7 Gehöften. Hiervon starben 20 Personen. Die Aerzte erklären diese Fälle für Fälle der asiatischen Pest.

Aus Pest: In den letzten Tagen ist eine Eisenbahn-Konvention zwischen Rumänien und Ungarn auf der Grundlage gleicher Tarife für die Strecken Bukarest-Predeal und Bukarest-Verciorova zu Stande gekommen.

Versailles, 8. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer verlas der Deputirte Brisson den Bericht der Kommission für die Untersuchung der Akte der Regierung vom 16. Mai 1877. Der Bericht schließt mit dem Antrage, die Mitglieder der Regierung vom 16. Mai 1877 in den Anklagezustand vor den Senat zu versetzen und 3 Mitglieder aus der Kammer zur Vertretung der Anklage zu wählen. Dem Verlangen der Regierung entsprechend wurde die Berathung des Berichts für nächsten Donnerstag festgesetzt.

Konstantinopel, 8. März. Regierungsseitig wird bekannt gegeben, daß die hier eröffneten Konferenzen zur Lösung der bosnischen Frage einen ordnungsmäßigen Verlauf nehmen und voraussichtlich in Kurzem zu einem befriedigenden Resultat führen werden. Die Hauptschwierigkeit besteht, wie es scheint, darin, eine Formel zu finden, welche in der abzuschließenden Konvention einen Ausgleich der Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung mit den Gesichtspunkten der Pforte schafft. Sobald dieser Punkt erledigt sein wird, ist sichere Aussicht vorhanden, daß die ganze Angelegenheit geregelt wird.